

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 42

Sonntag, den 15. Oktober

1916

Unser Verband im Jahre 1915.

Am Schlusse des ersten Kriegsjahres sah es im Deutschen Tabakarbeiter-Verband, wie zu begreifen ist, nicht gerade günstig aus. Die ersten fünf Kriegsmomente hatten mit rauher Faust in das Organisationsleben eingegriffen und uns nicht nur Tausende unserer Mitglieder für den Heeresdienst genommen, sondern auch die ungeheure Arbeitslosigkeit, die über uns hereinbrach, kostete uns viele Mitglieder. Immerhin konnten wir in bezug auf den Stand am Schlusse des Jahres 1914 schreiben, daß unser Verband in der deutschen Tabakarbeiterchaft fest verankert und daß kein Sturm stark genug sei, den Anker vom Grund zu lösen.

Unwilschen ist ein Jahr vergangen und vor uns liegen die Ergebnisse der Tätigkeit unseres Verbandes für das Jahr 1915. Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sind im Jahre 1915 wahrhaftig nicht besser geworden; wenn auch der Krieg viele Arbeitskräfte für die seinen Zwecken dienenden Industrien gebraucht, so sieht es doch in manchen Berufen recht trübe aus. Vor allem drückt die Teuerung die Lebenshaltung der Arbeiter herab. Darunter haben fast sämtliche Arbeiter erheblich zu leiden, nicht zuletzt die Tabakarbeiter, deren Löhne trotz Steigerungen immer noch nicht die Löhne der meisten übrigen Arbeiter erreichen. Glücklicherweise ist das Jahr 1915 infolge der umfangreichen Heereslieferungen und der Viebesgabensendungen günstiger für die Tabakarbeiterchaft gewesen, indem sie nicht, wie im Jahre vorher, von Arbeitslosigkeit heimgesucht war. Schon das Ende des Jahres 1914 ließ bei Anhalten des Krieges eine äußerst flotte Konjunktur erwarten; dazu kam das Einrücken zehntausender Zigarrenarbeiter zu den Fahnen. Die günstige Konjunktur veranlaßte die Industrie, neue Arbeitermassen in sich aufzunehmen. In welchem Maße das geschah, mag aus den Zahlen der Tabakberufsgenossenschaft zu ersehen sein. Die Zahl der gegen Unfall versicherten Personen in der Tabakindustrie stieg von 165 379 im Jahre 1914 auf 193 330 (Wollarbeiter zu 300 Arbeitstagen) im Jahre 1915. Das ist ein Mehr von 27 951. Rechnet man etwa 30—35 000 zum Heeresdienst eingezogene Tabakarbeiter, so ergibt sich, daß im Jahre 1915 mindestens 50 000 Personen als neue Arbeitskräfte von der Tabakindustrie aufgenommen worden sind. Außerdem zeigte sich der flotte Geschäftsgang, soweit die Tabakarbeiter in Frage kommen, noch darin, daß vielfach Ueberarbeit geleistet werden mußte.

Selbstverständlich muß ein derartiger Zustand auch auf Stand und Tätigkeit unseres Verbandes von Einfluß sein. Für das Jahr 1914 mußten wir ein rapides Sinken der Mitgliederzahl konstatieren, und zwar von 31 713 (davon 15 499 weiblich) am Schlusse des Jahres 1913 auf 23 615 (davon 11 139 weiblich) am Schlusse des Jahres 1914. Bis ins zweite Vierteljahr 1915 hielt der Rückgang noch an, wenn er auch immer geringer wurde; erst in dem letzten Halbjahr 1915 setzte ein Zugang von neuen Mitgliedern ein, so daß der Mitgliederstand am Schlusse des Berichtsjahres 23 456 (davon 11 878 weiblich) betrug. Demnach ist die Zahl der Mitglieder, wie wir sie am Schlusse des Jahres 1914 hatten, am Schlusse des Jahres 1915 noch nicht ganz wieder erreicht; es fehlen noch 159. Aber wie gesagt, die letzte Hälfte des Jahres 1915 brachte uns den Aufstieg und wir dürfen wohl vorgehen, indem wir mitteilen, daß jezt der Stand der Mitgliederzahl, wie er bei Beginn des Krieges war, nahezu wieder erreicht ist. Die Zahl der Zahlstellen, die am Schlusse des Jahres 1914 425 betrug, ist auf 387 herabgegangen. Durch die Einberufung zum Heeresdienst bis auf den letzten Mann, ist in machen Zahlstellen die Verwaltung unmöglich geworden; manchmal sind infolgedessen auch die verbliebenen weiblichen Mitglieder verloren gegangen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug im Jahre 1915 23 053, gegen 27 195 im Jahre 1914. Bemerkenswert ist die Mitgliederbewegung in bezug auf die Tabakarbeiterinnen. Das Jahr 1913 schloß mit einem Bestand von 15 499 weiblichen Mitgliedern ab; am Schlusse des Jahres 1914 waren es nur noch 11 139, dagegen hatten wir am Schlusse 1915 11 878 weibliche Mitglieder. Während also im Jahre 1914 die Zahl der weiblichen Mitglieder um 4360 abnahm, nahm sie in 1915 um 739 zu. Es darf daraus wohl der Schluß gezogen werden, daß der im zweiten Halbjahr 1915 beginnende Aufschwung uns hauptsächlich weibliche Mitglieder zugeführt hat. Das ist auch wohl durch die Einberufung immer mehr männlicher Tabakarbeiter zum Heeresdienst erklärlich.

Die Kassenverhältnisse unseres Verbandes haben sich im Laufe des Jahres 1915 gegen das Vorjahr wesentlich günstiger gestaltet. Es ist auch im Interesse der Mitglieder dringend nötig, die gegenwärtige günstige Zeit zur Stärkung der Finanzen auszunutzen. Wir alle erwarten nach

dem Krieg keine rosigere Zeiten. Einmal dürfte uns der Konjunkturrückgang erhebliche Lasten auferlegen, dann aber wird es sehr wahrscheinlich auch zu wirtschaftlichen Kämpfen kommen; schließlich wissen wir auch noch nicht, was sich während des Krieges noch alles abspielen kann. Denken wir doch einmal über das jetzige Verhalten vieler Fabrikanten in der Frage der Zulagen nach.

An Beiträgen sind im Jahre 1915 eingenommen worden 412 230 M., gegen 554 077,65 M. im Vorjahre. Einschließlich 92 168,04 M. Bestand aus dem Vorjahre hat der Verband im Berichtsjahre eine Gesamteinnahme von 524 022,68 M., der eine Gesamtausgabe von 276 868,20 M. gegenübersteht. Das Verbandsvermögen in der Hauptkasse und in den Zahlstellen bezifferte sich am Schluß des Jahres 1915 auf 247 156,48 M. Das ist zwar noch nicht jene Summe, wie sie wünschenswert ist, um allen möglichen Vorkommnissen gegenüber gewappnet zu sein, aber wir verraten unsern Mitgliedern gern, daß sich das Verbandsvermögen im Laufe des Jahres 1916 weiter wesentlich erhöhen wird.

Mit Ausbruch des Krieges geriet die Tätigkeit des Verbandes für die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erklärlicherweise ins Stocken. Eine Ausschaltung dieser Tätigkeit während der ganzen Dauer des Krieges konnte den Zwecken einer gewerkschaftlichen Organisation keineswegs entsprechen, umso weniger, als durch die erhebliche Steigerung der Preise für alle Waren eine Entwertung des Lohnes und damit eine Herabsetzung der Lebenshaltung eintrat. Unser Verband ist denn auch nicht müßig gewesen. Die günstige Konjunktur ließ es geboten erscheinen, überall, wo sich die Möglichkeit bot, Lohnverbesserungen herbeizuführen. Wir dürfen wohl sagen, daß der Erfolg nicht ohne Bedeutung für die Tabakarbeiterchaft war. Bemerkenswert sei, daß unser Verband mit dem christlichen und dem Hirsch-Dunckerschen Tabakarbeiterverband die Lohnbewegungen gemeinsam unternahm. Ueber Umfang und Erfolg der Tätigkeit auf dem Gebiete der Lohnbewegungen mögen nachstehende Zusammenstellungen Aufschluß geben, doch sei darauf hingewiesen, daß dabei die Erfolge aus Süddeutschland, soweit dort von solchen geredet werden kann, wegen mangelnder Berichterstattung so gut wie ganz fehlen.

Angriffsbewegungen ohne Streiks.

		Bewegungen	Vertriebe	Beteiligte Arbeiter
Zigarrenbranche:	Mit vollem Erfolg	2	3	39
	„ teilweil.	5	1176	44338
		7	1179	44377
Zigarettenbranche:	Mit vollem Erfolg	2	2	58
	„ teilweil.	5	33	9927
		7	35	9985
Kautabakbranche:	Mit vollem Erfolg	4	4	136
	„ teilweil.	14	29	2017
		18	33	2153
Rauchtabakbranche:	Mit vollem Erfolg	4	5	69
	„ teilweil.	9	11	278
		13	16	337
Schnupftabakbranche:	Mit vollem Erfolg	—	—	—
	„ teilweil.	3	3	84
		3	3	84
In allen Branchen:	Mit vollem Erfolg	13	14	292
	„ teilweil.	33	1252	56644
		46	1266	56936

Angriffsstreiks.

		Bewegungen	Vertriebe	Beteiligte Arbeiter
Zigarettenbranche:	Mit vollem Erfolg	—	—	—
	„ teilweil.	—	3	312
Insgesamt		—	3	312

Abwehrbewegungen ohne Streiks.

		Bewegungen	Vertriebe	Beteiligte Arbeiter
Zigarrenbranche:	Mit vollem Erfolg	3	4	55
	„ teilweil.	—	—	—
Zigarettenbranche:	Mit vollem Erfolg	1	1	8
	„ teilweil.	—	—	—
Kautabakbranche:	Mit vollem Erfolg	—	—	—
	„ teilweil.	1	1	36
Insgesamt		4	6	99
Alle Bewegungen:	Mit vollem Erfolg	4	5	63
	„ teilweil.	1	1	36
Insgesamt		5	6	99

Aussperrungen.

		Bewegungen	Vertriebe	Beteiligte Arbeiter
Zigarettenbranche:	Mit vollem Erfolg	1	1	196
	„ teilweil.	—	—	—
Insgesamt		1	1	196

Danach sind für insgesamt 60 324 Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1915 Lohnverbesserungen erzielt worden.

Ueber die Höhe der Bewilligungen kann nichts Abgeschlossenes berichtet werden, da die allgemeine Bewegung mit dem Schluß des Jahres 1915 ja noch nicht beendet war und noch in 1916 hinübergriff. Wie die Mitglieder wissen, ist die Bewegung auch gegenwärtig noch nicht abgeschlossen.

Beurteilt man nach dem Erreichten und dem Umfang der Bewegung die Tätigkeit des Verbandes, so meinen wir, daß sie jeder Kritik standhalten kann. Unser Verband hat auch in der schweren Zeit des Krieges seine gewerkschaftlichen Pflichten erfüllt, soweit es irgend möglich war. Manchmal hätte mehr erreicht werden können, wenn die Tabakarbeiter gewollt und zahlreicher den Weg zur Organisation gefunden hätten. Wir dürfen aber wohl hoffen, daß das Jahr 1916 noch bessere Resultate bringt.

Manche interessante Einzelheit, die von dem unabhängigen Wirken des Verbandes zeugt, ließe sich noch berichten, doch wollen wir uns mit dem hauptsächlichsten begnügen, zumal ein Artikel ja nicht einen umfassenden schriftlichen Bericht ersetzen kann. Im übrigen wird auch das Mitgeteilte genügen, jedem Tabakarbeiter und jeder Tabakarbeiterin zu beweisen, daß ihre beruflichen Interessen ohne Organisation überhaupt nicht gewahrt werden können. Wer dem Verbands trotz alledem fern bleibt, erntet, ohne zu säen.

Löhne und Teuerung.

So oft von den hohen Kriegsgewinnen geredet wird, die Industrie und Landwirtschaft einziehen, so oft ist auch die Unternehmerpresse bei der Hand, demgegenüber die „hohen Arbeitslöhne“ ins Feld zu rufen, um damit zu sagen, nicht nur der Kapitalismus, auch die Arbeiter haben während der Kriegszeit Gewinn. Mit diesem Kniffe haben jedoch die Wortführer des Kapitalismus kein Glück. Die Teuerung aller Lebensmittel ist so hoch, daß selbst bemittelte Kreise über die übertriebenen hohen Lebensmittelpreise harte Urteile fällen und durch ihre eigenen Erfahrungen zu der Ueberzeugung kommen, daß die große Masse der Arbeiter mit ihren Löhnen, mögen sie auch erhöht worden sein, Lebensmittel nicht in dem gleichen Maße kaufen können, wie sie es bei niedrigeren Lebensmittelpreisen vor dem Kriege konnten, daß also unbedingt ein Ausfall in der Ernährung eingetreten ist.

Insofern finden also die Täuschungsabsichten, als ob die Arbeiter durch höhere Löhne gegen die Teuerung wesentlich geschützt seien, keinen Boden. Doch, außer der zutage liegenden Ernährungsnot muß auch durch die naheliegende Betrachtung der Vergleich hoher Löhne mit den fabelhaften Kriegsgewinnen der Kapitalisten zusammenbrechen, daß der Kapitalismus trotz höherer Löhne noch riesige Gewinne machte. Sonst konnte man rundweg hören, daß hohe Löhne den kapitalistischen Gewinn herabdrücken — die Riesengewinne während der Kriegszeit zeigen das Umgekehrte: Viel, viel höher, als die Löhne, sind die Gewinne der Unternehmer gestiegen. Uebrigens war der Kapitalismus stets so zäh, daß er Lohnzulagen erst bewilligte, wenn er schon höhere Erträge eingekassiert oder in Aussicht hatte.

Erst eine gründliche Erhebung und statistische Aufrechnung über Löhne und Teuerungspreise während der Kriegszeit würde rechnerischen Aufschluß geben, was die Arbeiter trotz höherer Löhne erlangten und daß sich ihre Lage tatsächlich materiell verschlechtert hat. Leider fehlte eine umfassende Lohnstatistik schon in der Friedenszeit, und es wird wohl auch nach dem Kriege damit hapern. Wenn die Arbeiter nicht durch ihre Organisationen dafür sorgen, daß eine zutreffende Vergleichung der Löhne vor, während und nach dem Kriege vorgenommen wird, dann werden wir von anderer Seite manche schiefe Darstellung vernehmen.

Nun sind zwar die Gewerbebeamten angewiesen, in ihren nächsten Jahresberichten über die Höhe der Löhne der Arbeiter, Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter zu berichten. Die Erhebungen sollen sich auf die wichtigsten Gewerbebezüge erstrecken, sie sollen ferner Vergleiche mit den früheren Löhnen und der Kriegsteuerung enthalten. Weiter soll ermittelt werden, welche Maßnahmen die Unternehmer etwa getroffen haben, um für ihre Arbeiter die Teuerung und die Wirkung der Lohnausfälle in schwach beschäftigten Gewerbebezügen zu mildern. Ja, die Gewerbeaufsichtsbeamten sollen zu dem Zwecke auch Anfragen bei den Arbeitern selbst vornehmen.

So weit, so gut. Was aber bei der Sache selbst herauskommen wird, ist eine andere Frage. Bisher schon war der Umfang der Gewerbeaufsicht im Verhältnis zur Zahl der zur Verfügung stehenden Aufsichtsbeamten ein so großer, daß die letzteren ihre Aufgabe nur teilweise und rückwärts erfüllen konnten. Die ihnen jetzt zugeschobene neue Aufgabe ist jedoch eine so große, daß zu ihrer betrie-

Digenden Lösung ein großes statistisches Amt mit diesen Beamten reichlich zu tun hätte. Wie kann man da von den Gewerbeaufsichtsbeamten erwarten, daß sie neben ihren anderen Aufgaben auch diese noch erfüllen könnten. Im günstigsten Falle werden sie wohl Material sammeln können, das aber erst in der Zusammenfassung mit anderen eine Vergleichung ermöglicht, die ein einigermaßen Nares Bild geben könnte.

Ein Vergleich der Löhne mit der Kriegsteuerung erfordert die schwierige Arbeit, die Kriegsteuerung in ihren einzelnen Phasen zu verfolgen, die jeweilige Höhe der Preise, die von Monat zu Monat eine schwankende und immer steigende war, festzustellen. Dann die Steigerung der Löhne, die der Steigerung der Preise für alle Lebensmittel stets und zwar spät hinterdrein hinkte, ebenfalls für den Zeitpunkt ihres Eintritts festzustellen. Glaubt man, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten diese gewiß nicht leichte Arbeit so erledigen können, daß ein wirklich zutreffender Vergleich dabei herauskäme? Indem der Staat den Gewerbebeamten diese Arbeit aufträgt, entzieht er sich der Pflicht, mit anderen, wirklich ersprießlichen Mitteln und mit Statistikern von Beruf die notwendigen Erhebungen, Aufnahmen und Vergleiche zu machen.

Es wirkt daher geradezu lächerlich, wenn Unternehmerkreise sich mit einer Beschwerde gegen die Vornahme solcher Erhebungen durch die Gewerbeaufsichtsbeamten an den preussischen Handelsminister gewendet haben. Diese Kreise wissen ebenjogut, wie wir, daß so die Aufgabe nicht gelöst wird, die Lage der Arbeiter während der Kriegszeit wahrheitsgetreu und ziffernmäßig festzustellen. Aber bezeichnend genug ist es, daß die Beschwerdeführer schon von diesem Stückwerk — denn etwas anderes kann die Erhebung der Gewerbebeamten nicht sein — eine Aufmunterung für die Arbeiter sehen, alles zu tun, um einen Ausgleich durch Erhöhung ihres Einkommens — sprich: ihrer Löhne — herbeizuführen.

Was werden die Arbeiter für Mühe haben, diesen Ausgleich zu erreichen! Sie, durch deren Arbeitskraft es nur möglich war, die Milliardengewinne dem Kapitalismus zu verschaffen, werden wieder um Lohnaufbesserungen kämpfen müssen! Eine wahrheitsgetreue Aufnahme ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse während des Krieges müßte jedoch der Welt zeigen, daß sie die Leidtragenden des Krieges sind und das alles getan werden müßte, um sie die ertragenden Leiden und Opfer nur einigermaßen vermindern zu lassen.

Sollen die Erhebungen durch die Gewerbeaufsichtsbeamten dazu beitragen, so wissen wir im voraus — wenn auch nur ein Bruchteil des Mißverhältnisses zwischen Löhnen und Lebenspreisen festgestellt wird — daß dieser Bruchteil schon die Tiefe des Elends aufdecken wird, in das die Arbeiter während des Krieges geraten sind, um ein sofortiges Eingreifen zur Verbesserung ihrer Lage zu veranlassen. Das wäre dringend Sache des Reichs.

Vor allem aber werden die Arbeiter selber die Initiative dazu ergreifen müssen.

Privat- oder Staatsmonopol?

Ran ist sie gegründet, die „Deutsche Tabakhandels-gesellschaft m. b. H.“, mit dem Sitz in Bremen und mit einer „Abteilung Inland“, Sitz in Mannheim. Ueber ihre eigentlichen Ziele hat man bis jetzt nur erfahren, was offiziös darüber orakelt wurde. Ueber ihre innere Organisation und ihre — wahrheitsgemäß von der Regierung vorgegebene — Tätigkeit weiß man noch nichts. Man wird Genaueres erst aus ihrer praktischen Wirksamkeit schließen können.

In der „Handelszeitung des Berliner Tageblattes“ fanden wir eine Auseinandersetzung über die „Staatliche Reglementierung des Tabakhandels“, die aus Regierungskreisen geschöpft scheint. Darin heißt es, „zwischen den beschriebenen Maßnahmen über das Verbot der Einfuhr und der Regelung des Verkaufs ist jedoch noch ein bemerkenswerter Unterschied zu beachten. Während das Einfuhrverbot vorläufig wenigstens als dauernde Regelung gedacht ist, ist bei den Verkaufsverboten für die im Inland befindliche Ware von der Regierung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme handle, und man geht jedenfalls in der Annahme nicht fehl, daß mit der Gründung der deutschen Tabakhandels-gesellschaft m. b. H. von 1916 die Aufhebung dieser Maßnahme angezielt ist.“ Der Bremer Abteilung sei die Verteilung des ausländischen, der Mannheimer die Verteilung des inländischen Tabaks zugedacht.

Dieser eine Grundzug läßt bereits deutlich erkennen, daß die Regierung die Finger dabei maßgeblich im Spiele hat. Ohne den Vorbehalt der eigentlichen Regie hätte sie ihrer Konzeption zu einer so weitgehenden Tätigkeit der Gesellschaft nicht erteilt. Mehr noch, die Gesellschaft ist selber auf Anordnung der Regierung gegründet worden, sie ist das Ergebnis der wochenlangen Beratung der Regierung mit Interessententreffen.

Wie dem aber auch sei, aus der Tätigkeit der Gesellschaft und aus ihrer Gewinnerzielung und ihrer Gewinnverteilung wird man erst den wahren Charakter der Gesellschaft reip. die Absichten der Regierung erkennen. Etwas gewonnen werden in dem eben zitierten Artikel folgende Andeutungen gemacht, die in die Form von Wünschen gefaßt sind. Es heißt da:

„An eine Ausschaltung des Handels ist hierbei nicht gedacht, vielmehr werden sich vermutlich die großen Verteilungsgesellschaften zur Erhaltung ihrer Aufgaben in erster Linie des Handels bedienen. Im Interesse der Erhaltung eines volkswirtschaftlichen notwendigen Handelsverkehrs sind auch darüber geboten. Wenn die Aufhebung der nunmehr überflüssig gewordenen Bundesratsverordnungen notwendig wird, läßt sich zurzeit nicht sagen. Berücksichtigung wird man die neuen Gesellschaften mit ihren Organisationsarbeiten erleichtern lassen und dann zur Aufhebung überlassen. Es dürfte auch zu erwägen sein, ob nicht vor der Aufhebung, d. h. vor der eigentlichen Zusammenfassung des neuen Arbeitsfeldes durch die Gesellschaften in einer Bundesratsverordnung die notwendigen Vorarbeiten erledigt, festgelegt und Höchstpreise bestimmt werden müßten. Derartige Richtlinien bedarf es, da es nicht angängig erscheint, einem privaten Be-

willigkeits ein so großen Machtumfang zuzubilligen, daß sie nach eigenem Ermessen und ohne in irgend einer Weise gebunden zu sein, über die gesamten Vorräte einer Ware verfügen kann. Ebenso dürften Höchstpreise erforderlich werden. Daß der Tabak nicht als Luxusgegenstand, sondern als Gegenstand des täglichen Bedarfs anzusehen ist, wird allgemein bejaht. Beschränkt man nun durch die Unterbindung der Einfuhr den Verbrauch auf den vorhandenen Bestand an inländischem Tabak und den inländischen Zuwachs, so liegt die Gefahr einer Preistreibererei recht nahe. Ihr wäre ja vielleicht schon dadurch zu begegnen, daß in dem einzelnen Falle auf Grund der bestimmten Bundesratsbestimmungen über die Preisfestsetzung bei Gegenständen des täglichen Bedarfs vorgegangen würde. Nützlicher erscheint es aber, von vornherein Höchstpreise festzusetzen, und zwar müßten sie sowohl für die Produzenten des inländischen Tabaks, wie auch für die Händler bestimmt werden. Selbstverständlich wäre es unmöglich, einen Durchschnittspreis für inländischen Tabak zu statuieren; man müßte nach Sorten, Gegenden usw. unterscheiden und hiernach Abstufungen bilden. Die Höchstpreise für den Handel über so zu fassen, daß ihm ein berechtigter, aber nicht etwa ein übertriebener Gewinn bleibt. Dem Vernehmen nach bestehen auch an amtlicher Stelle bereits Erwägungen über die Einführung von Höchstpreisen in dem hier angegebenen Sinne.“

Die Richtlinien, die der Gesellschaft durch die Regierung gegeben werden sollen, werden ihr wohl bereits vor ihrer Gründung vorgezeichnet worden sein, einmal um Differenzen nach der Gründung auszuschließen, vermutlich aber, um der Regierung entscheidenden Einfluß auf die Gesamtgestaltung dieser monopolistischen Einrichtung zu sichern, und eventuell das ganze Geschäft selbst in die Hand nehmen zu können.

Daß der Tabak nicht als Luxusgegenstand, sondern als Gegenstand des täglichen Bedarfs anzusehen ist, wird jetzt plötzlich allgemein bejaht. Bei den früheren Steuervorlagen las man es anders. Diese Wendung beruht wohl darauf, daß der Staat im Falle eines Monopols mit einem ertragsreichen Ergebnis nur rechnen kann, je allgemeiner der Tabakgenuß ist, mit anderen Worten, daß der Massenverbrauch an Tabakfabrikaten nicht zurückgeht. Früher sagte man: Wer die Steuer nicht zahlen will, bräuhet nicht zu rauchen, der Tabak ist ein entbehrliches Genußmittel.

Die Preisfestsetzung für Rohtabak, die wie bei „Gegenständen des täglichen Bedarfs“ vor sich gehen soll, wird schon dafür sorgen, daß etwaige spätere Monopolpreise nicht zu sehr abstehe von den Preisen des freien, privaten Handels und Verkehrs mit Tabakfabrikaten. Denn der Tabakpreis spielt bei Fabrikaten die ausschlaggebende Rolle, das sieht man jetzt deutlich, nachdem der Tabak ungeheuerlich verteuert ist. Um Ende soll durch die nach Maßnahmen eine starke Verbilligung des Tabaks nach dem Kriege — die sicher eintreten würde — verhilft werden, damit sich hohe Fabrikatpreise leichter rechtfertigen lassen.

Genug, alles deutet darauf hin, daß die Absichten, ein Tabakmonopol zu schaffen, ernstlicher verfolgt werden, als jemals. Inzwischen räumt der Krieg mit einer Reihe kleinerer Ergänzungen im Tabakgewerbe auf und beseitigt dadurch ebenfalls Schwierigkeiten, die sich dem Monopol entgegenstemmen. Das alles muß von den Tabakarbeitern erzwungen werden, damit sie nicht durch staatliche Maßnahmen überrascht werden, die auf ihre Lage von entscheidendem Einfluß sein müßten. Ueber das, was sie zu tun hätten, wollen wir uns jetzt nicht äußern, zunächst wollen wir abwarten, wie die monopolistischen Anfänge durch die Tabakhandelsgesellschaft sich gestalten werden.

Dafür müssen die Augen offen gehalten werden.

Die Neugestaltung des Tabakhandels.

In der Handelszeitung des „Berliner Tageblattes“ vom 5. Oktober findet sich ein Aufsatz über die Neugestaltung des Tabakhandels, den wir nachstehend unsern Lesern durch Abdruck zur weiteren Orientierung in dieser Frage übermitteln:

„Die von uns bereits wiederholt besprochene Gründung der Deutschen Tabakhandelsgesellschaft m. b. H. von 1916 sowie die Gründung ihrer Tochterorganisation in Mannheim können nicht als ein selbständiges, in sich abgeschlossenes Ereignis betrachtet werden, vielmehr muß man davon ausgehen, daß sie den Beginn einer Reihe von wichtigen Neuerungen auf dem Gebiete des Tabakhandels darstellen. Was auf diesem Wege zunächst geschehen wird, ist vermutlich eine Ergänzung der Bundesratsverordnung vom 7. August. Denn wenn den neuen Organisationen die Verteilung des überseeischen und des inländischen Tabaks überlassen werden soll, so besteht kein Raum mehr für eine Verordnung, nach der grundsätzlich jeder Verkehr in Tabak verboten ist und nur ausnahmsweise durch die Zustimmung zweier Zentralstellen (der Deutschen Zentrale für Kriegslieferung von Tabaken in Minden i. W. und der Rohtabak-Ausfuhrprüfungsstelle in Bremen) gestattet werden kann. Die Aufhebung der fraglichen Bundesratsverordnungen bzw. eine Abänderung ihres Inhalts ist also wohl demnächst zu erwarten. Die Frage ist nur, welche Folge die Aufhebung hat. Als seinerzeit der Verkehr mit inländischem und ausländischem Tabak verboten wurde, geschah das nach der amtlichen Begründung, um Preistreiberereien hintanzuhalten, sowie ferner mit Rücksicht darauf, daß sehr große Mengen Tabak im Inlande vorhanden waren und im Interesse der deutschen Valuta die weitere Zufuhr vom Auslande verhindert werden sollte. Wird jetzt die Beschränkung im Handel aufgehoben, so ist die Gefahr, die zu ihrer Einführung Veranlassung gab, wieder erwacht, und es entsteht von neuem die Befürchtung, daß maßlose Preistreiberereien in Erscheinung treten. Die Ursache der Treibererei liegt grundsätzlich im letzten Endes darin, daß in den Kreisen der Verbraucher von Rohtabak die Sorge besteht, nicht genügend Ware zur Verarbeitung zu erhalten, und daß ein verderbliches gegenseitiges Ueberbieten stattfindet. Erwägt man diese Verhältnisse, d. h. daß auf der einen Seite die Gründung der Bremer und Mannheimer Organisationen die Wiederfreigabe des Verkehrs wahrscheinlich macht, daß auf der anderen Seite aber die alten Preistreiberereien drohen, so wird man in der Annahme kaum irren, daß in dieser oder jener

Form eine Regulierung der Preise durch die Behörden stattfinden wird. Allerdings dürfte eine solche mit recht bedeutenden Schwierigkeiten verknüpft sein. Läßt die Regulierung ihre Bedenken bezüglich der Valutageschäftsbilanz, und gestattet sie die Wiedereinfuhr ausländischer Tabake, so ist mit dem gewöhnlichen Mittel der Preisregulierung, den Höchstpreisen, wenig zu erreichen. Das Ausland wird sich um deutsche Höchstpreise nicht kümmern. Ihre Festsetzung für den Importort kommt also gegebenenfalls einem neuen Importverbot gleich. Ein gangbarer Weg bestünde vielleicht darin, daß man den Verarbeitern verbietet, für bestimmte Zwecke Waren über eine gewisse Preislage hinaus zu verarbeiten. Im übrigen wird man von einer Reglementierung der Preise für Auslandsstabak absehen und die Entscheidung darüber, was mit Rücksicht auf die deutschen Wirtschaftsverhältnisse für Auslandsstabak bezahlt werden kann, der Bremer Einfuhrgesellschaft überlassen müssen. Die hätte dann zu entscheiden, bis zu welcher Preishöhe für ausländische Tabake Deutschland gehen kann, und bei welchen Preisforderungen es für Deutschland vernünftiger ist, auf ausländischen Tabak gänzlich zu verzichten. Einfacher liegen die Verhältnisse beim Verkehr mit inländischem Tabak. Obwohl auch hier die Festsetzung von Höchstpreisen nicht leicht sein wird, dürfte es den gegenseitigen Auseinandersetzungen zwischen Pflanzern, Händlern und Fabrikanten doch gelingen, eine Preisbasis zu finden, die auch der Regierung angemessen erscheint. Uebergroße Konjunkturgewinne dürfen die Preise allerdings nicht einschließen. Selbstverständlich ist z. B. den Pflanzern ein über den Friedenssatz hinausgehender Preis zu bewilligen; ebenso wie bei anderen Gewerbetreibenden sind auch bei ihnen die Gesehungslosten, die Zinsen usw. gestiegen, und es ist ferner notwendig, ihnen ein Entgelt für das Kriegsrisiko zu gewähren. Wenn aber die Pflanzler, wie es tatsächlich vorgekommen ist, ihre Preise auf das Bierfache desjenigen stellen, was sie in Friedenszeiten erlößt haben, so sind derartige Forderungen durchaus abzulehnen. Erscheint es — was man wohl annehmen muß — unmöglich, von vornherein allgemeine Höchstpreise festzusetzen, so wird man wohl zum Unerwünschten, wenn man sie nach Gruppen, Wohl und Unwohl scheidet. Bei der Einführung der Höchstpreise für inländischen Tabak darf man übrigens den Gesichtspunkt nicht außer acht lassen, daß jede Steigerung automatisch eine Steigerung für Auslandsstabak mit sich bringt. Das Ausland wird seine Preise dem Verhältnis anpassen, in dem in normalen Zeiten der Preis der Auslandsware zu dem des deutschen Tabaks stand.

Noch größer als beim Rohtabak sind die Schwierigkeiten der Preisregulierung bei den fertigen Fabrikaten. Hier mit Höchstpreisen, Richtpreisen oder dergleichen zu arbeiten, dürfte fast unmöglich sein. Es erscheint zunächst als das Zweckmäßigste, die Preisbildung nicht zu regulieren, sondern sie der freien Gestaltung, jedoch unter Aufsicht der Preisprüfungsstellen zu überlassen. Nur wäre es erstrebenswert, wenn den Preisprüfungsstellen sowie der volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegs Ernährungsamtes (Reichsprüfungsstelle) sachmännische Berater beigegeben würden. In dieser Hinsicht kann man die Wünsche des Deutschen Tabakvereins nur unterstützen, was auch von dem weiteren Wunsche des Vereins gilt, daß alle bei Preisprüfungsstellen oder sonstigen Behörden eingehenden Beanstandungen von Preisen für Tabakerzeugnisse zunächst einer Prüfungsstelle bei der Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten in Minden unterbreitet werden.

Welchen Umfang die Tätigkeit der Bremer und Mannheimer Gesellschaft haben wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Jedenfalls wird man ihnen ein Recht auf die vorhandenen Vorräte an ausländischen und inländischen Tabaken einräumen. Würde man es nicht tun, so wären die Gesellschaften lediglich auf den Stand von rein privaten Tabakhandelsgesellschaften herabgedrückt und hätten einen volkswirtschaftlich bedeutsamen Einfluß auf den Tabakverkehr trotz ihrer großen Mittel nicht gewinnen. Es wäre zu begrüßen, wenn die zu erwartende Neuregelung des Tabakhandels in einer Weise stattfände, die diesen für unsere Volkswirtschaft überaus wichtigen Gewerbe-zweig zweckmäßig in die gesamte Kriegswirtschaft ein-gliederte. Einerseits leben von der Tabakindustrie und ihren Nebengewerben Tausende von Unternehmern, Arbeitern und Angestellten, andererseits aber hat der Tabakgenuß die ihm ursprünglich vielleicht anhaftende Eigenschaft eines Luxusverbrauchs längst verloren, und ist zu einer Bedeutung gelangt, die ihn, wenn auch nicht dem Wert der eigentlichen Nahrungsmittel, so doch zum mindesten dem Genuß von Kaffee, Bier und ähnlichen schwer entbehrlich gewordenen Artregungsmitteln gleichstellt.“

Oesterreichische Zigarettenfabrik in München.

Die Herstellung österreichischer Zigaretten in München ist vom Münchner Hauptverlag der österreichischen Regie ausgenommen worden, nachdem der Zoll für die bisher aus Oesterreich fertig eingeführten Zigaretten stark erhöht wurde. Zu diesem Zwecke wurde die Fabrikation der billigeren Sorten schon vor etwa drei Monaten in entsprechend eingerichteten Betriebsräumen an der Ebenauerstraße und nun auch in Milbertshofen begonnen. Die beiden Fabriken, in denen nach voller Inbetriebnahme gegen 500 Arbeiterinnen Beschäftigung finden können, vermögen im Tage etwa vier Millionen Zigaretten zu liefern. („Münch. N. Nachr.“)

Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Steinau (Hessen-Nassau): Die Firma J. J. Metzler erhöhte die Teuerungszulage auf 20 Prozent.
Gaißingen: Die Firmen Paul Dehme und Alfred West bewilligten eine Zulage von 20 Prozent.
Gilenburg: Die Firma Georg Mühlhans er-

Die Zulage auf 20 Prozent.
Johanngeorgenstadt: Die Firma S. S. Böhm erhöhte die Zulage auf 20 Prozent.
Oberottendorf: Die Firma Ernst Döckert gewährte eine Zulage von 25 Prozent.
Rangbunzlauer: Die Firma Ernst Heine bewilligte eine Zulage von 25 Prozent.
Geringswalde: Die Firmen C. A. Döring und Franz Seidel gewährten eine Zulage von 20 Prozent.
Bischowwerda: Die Firma B. Döckert erhöhte die Zulage um 20 Prozent.
Breitnig u. Umg.: Die Firmen Edwin Schöne und Emil Mitsche (Breitnig) zahlen 20 Prozent Zulage. Die Firmen Sebald Senf und Bruno Rätzsch (Großhirsdorf) zahlen auch 20 Prozent, die Firma Paul Schmidt dagegen 25 Prozent. Die Firma Ferdinand Mitsche (Hauswalde) gewährte eine Zulage von 20 Prozent.
Sänichen: Die Firmen Gebr. Pätzig, Bruno Kunath und E. Uhlmann gewährten eine Zulage von 20 Prozent.
Roschewitz: Die Firma Wolf u. Comp. machten eine Lohnzulage von 20 Prozent.
Swidau: Die Firma Paul Döwe zahlt eine Zulage von 20 Prozent.
Kensalz: Die Firma H. Weis bewilligte für alle Arbeiter 25 Prozent. Die Firma G. Puzke dagegen genehmigte mit der Bewilligung von 10 Prozent den Wünschen der Arbeiter nicht.

Dumme Kriegslügen.

In dem „Tabakarbeiter“, unserm österreichischen Bruderorgan finden wir unter obiger Stichmarke folgenden: „Ein französisches Blatt brachte die Nachricht, daß die Bulgaren in Kawaalla für 150 Millionen Tabak erbeutet haben. Von den großen Tageszeitungen, die in ihren Leitartikeln schwülstige Gelehrsamkeit verzapfen, bis in die Käseblättern der Provinz wurde die Nachricht aufgenommen. (Auch von reichsdeutschen Zeitungen, sogar von Fachblättern unserer Industrie. Red. d. Tab.-A.) Von den Wiener Tageszeitungen hat nur die „Arbeiter-Zeitung“ die Nachricht nicht gebracht. Man hätte sich doch die Zeitungsgelehrten die Frage vorlegen müssen, ob Bulgarien sich mit Griechenland im Kriege befindet, daß es also schon an und für sich unmöglich ist, in einer griechischen Stadt Beute zu machen, wenn der Kriegszustand nicht besteht. Ein Nachsehen im Wiener „Handelsmuseum“, das die österreichischen Konsularberichte enthält, würde gezeigt haben, daß selbst bei Berücksichtigung von Kriegspreisen, denen auch der Tabak unterworfen ist, nicht einmal vier Jahresernten Kawallatabak 150 Millionen Franken wert sind. Doch selbst wenn der Kriegszustand mit Griechenland vorhanden wäre, würde der dort lagernde Tabak noch keine Kriegsbeute sein, da er ja kein Staatsvermögen ist, sondern dem Privathandel gehört. Doch die Zeitungen kennen ihr Publikum: Je dümmere die Lüge, desto eifriger wird sie gelesen. Da die „Reichspost“ mit 150 Millionen nicht zufrieden war, hat sie 250 Millionen daraus gemacht. Hoffentlich kommt bald ein Blatt auf die Idee, daß es gut eine Milliarde sein kann; was die Franzosen können, müssen doch auch unsere Zeitungen imstande sein. Der Reichsverband der Tabaktrafikanen hat sogar ein Schreiben an den Landesverein der Trafikanten Steiermarks gesendet, daß Rumänien verpflichtet war, 300 Waggon Tabak täglich zu liefern, durch den Krieg bleibe nun die Lieferung aus. Daß Rumänien nicht einmal in zehn Jahren 300 Waggon liefern kann, viel weniger an einem Tage, was macht das aus? Auf einige Millionen Zentner kommt es ja nicht an.“

Die Einwanderung von Tabakarbeitern nach den Verein. Staaten von Amerika.

In den Vereinigten Staaten wird die Einwanderung schon seit 1820 verzeichnet, aber der Begriff des „Einwanderers“ wechselt wiederholt (weil nicht alle zureisenden Ausländer als Einwanderer gelten). Um die abreisenden Fremden hat man sich bis in die jüngste Zeit überhaupt nicht bekümmert. Erst seit einigen Jahren führen die amerikanischen Einwanderungsbehörden eine vollständige Statistik der Zu- und Abwanderung fremder Staatsangehöriger, wobei unterschieden werden einerseits „Einwanderer“ und „andere zureisende Fremde“, andererseits „Rückwanderer“ und „andere abreisende Fremde“. Als Einwanderer werden bloß jene Personen klassifiziert, die angeben, daß sie zu dauerndem Aufenthalt ins Land kommen; als Rückwanderer gelten solche in den Vereinigten Staaten dauernd ansässig gewesene fremde Staatsbürger, die nach ihrer Angabe das Land dauernd verlassen.

In der folgenden Tabelle ist die Zahl der in jedem der Jahre 1909 bis 1914 zugereisten und abgereisten Ausländer angeführt, ebenso der Ueberschuß der Einwanderung über die Abwanderung. (Amerikanische Bürger sind dabei nicht inbegriffen.)

Jahr	Zugereiste Ausländer	Abgereiste Ausländer	Einwanderungs-Ueberschuß
1909	944 235	400 392	543 843
1910	1 198 037	380 418	817 619
1911	1 030 300	518 215	512 085
1912	1 017 155	615 292	401 863
1913	1 427 227	611 924	815 303
1914	1 403 081	633 805	769 276

Die Zuwanderung war 1913 und 1914 erheblich umfangreicher als in den vorausgegangenen Jahren; der Einwanderungsüberschuß aber war 1910 noch größer als 1913 und 1914, weil 1910 die Abwanderung erheblich geringer war als in den beiden letzten Jahren, für die amtlichen Angaben vorliegen. Die Statistik für 1915

nach nicht veröffentlicht, doch ist vorläufigen Mitteilungen des Einwanderungsamts zu entnehmen, daß der Krieg eine sehr starke Abnahme der Wanderbewegung nach und von Amerika zur Folge hatte. Zu bemerken ist noch, daß die Berichtsjahre, auf die sich die Angaben dieses Artikels beziehen, jeweils mit dem 30. Juni abschließen.

Von den im Berichtsjahre 1914 zu dauernder Niederlassung nach den Vereinigten Staaten gekommenen 1 218 480 Ausländern waren 1 059 859 — über eine Million — mehr als 14 Jahre alt und von diesen waren 260 152 — oder über eine Viertelmillion — des Lesens und Schreibens unkundig; weitaus die meisten des Lesens und Schreibens unkundigen Einwanderer waren Italiener (rund 106 000), Polen (33 000), Russen (15 000) und Ruthenen oder Kleinarabier (13 000).

Soweit Tabakarbeiter in Betracht kommen, gliedert sich seit 1909 die Zahl der Zureisenden und jene der Abreisenden ungefähr aus, was aus der folgenden Tabelle deutlich hervorgeht.

Jahr	Zugereiste ausländische Tabakarbeiter	Abgereiste Tabakarbeiter
1909	2779	2482
1910	3719	3221
1911	3747	3370
1912	2283	3348
1913	2090	2530
1914	2403	2407
	17021	17338

In den sechs Jahren 1909 bis 1914 haben also um 317 Tabakarbeiter mehr die Vereinigten Staaten verlassen, als dahin zureisten.

Ueber die Nationalität in Verbindung mit dem Beruf werden in der amtlichen Statistik Angaben nur hinsichtlich der eigentlichen Einwanderer und Rückwanderer gemacht. Von dem in den drei Jahren 1912 bis 1914 zu dauernder Niederlassung nach den Vereinigten Staaten gewanderten Tabakarbeitern waren:

Nationalität	1912	1913	1914
Deutsche	26	28	31
Kubaner	278	361	587
Juden	148	178	183
Holländer und Flamen	141	197	125
Spanier	118	122	121
Briten und Irländer	67	36	35
Afrikanische Neger	74	64	124
Andere	128	115	159
Zusammen	980	1101	1365

Die Einwanderung deutscher Zigarrenarbeiter ist demnach ganz unbedeutend. Sie kommt praktisch gar nicht in Betracht.

Unter den Tabakarbeitern, welche die Vereinigten Staaten dauernd verlassen befanden sich:

Nationalität	1912	1913	1914
Deutsche	14	27	12
Kubaner	740	346	189
Juden	27	116	14
Spanier	197	227	71
Afrikanische Neger	34	12	8
Andere	187	58	196
Zusammen	1199	785	490

Auf gewisse Berufszweige verteilten sich die im Jahre 1914 nach den Vereinigten Staaten zugereisten und die von dort abgereisten Tabakarbeiter wie folgt:

Beruf	Zugereiste Einwanderer	Andere	Abgereiste Rückwanderer	Andere
Zigarrenmacher	1125	928	462	1849
Zigarrenpacker (Sortierer)	124	50	9	24
Zigarettenmacher	41	3	5	4
Andere Tabakarb.	75	57	14	40
Zusammen	1365	1038	490	1917

Die Zigarrenmacher wiegen sowohl unter den Zugereisten wie auch unter den Abgereisten stark vor.

Für die Zeit nach dem Kriege erwarten die Amerikaner, und besonders die Gewerkschaftsführer, ein starkes Anschwellen der Einwanderung, da sie voraussehen glauben, daß dann die wirtschaftliche Not in Europa erst recht fühlbar sein wird. Sie verlangen deshalb, daß heutzutage strenge Vorschriften zur weiteren gesetzlichen Beschränkung der Einwanderung erlassen werden. Es ist auch wahrscheinlich, daß solche Beschränkungen tatsächlich durchgeführt werden.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz.

Die bürgerliche und die Parteipresse Deutschlands berichtete am 23. Sept., daß der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes bei dem Schweizerischen Gewerkschaftskongress beantragt habe. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund habe dem Antrage stattgegeben, weingleich er annehme, daß aus dem Gewerkschaftskongress wohl nur eine Gewerkschaftskonferenz werden würde.

Es ist weder beabsichtigt, einen internationalen Gewerkschaftskongress einzuberufen noch ist ein dahingehender Antrag bei dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund gestellt. Es wurde lediglich an dessen Präsidenten die Anfrage gerichtet, ob er die Vorarbeiten für eine internationale Gewerkschaftskonferenz, die in der Schweiz tagen soll, treffen wolle. Am 25. September erhielt der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes hierfür die Zustimmung und wird die Konferenz für den 11. Dezember d. J. berufen. Schon einmal, im Juni 1915, machte er den

Vorschlag zur Entscheidung über den von gewerkschaftlichen Landeszentralen gestellten Antrag, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in ein anderes Land zu verlegen, eine internationale Konferenz stattfinden zu lassen. Die Mehrheit der Landeszentralen hielt die Konferenz nicht für notwendig und entschied sich dahin, daß bis zum Kriegeschlusse eine Aenderung im Internationalen Gewerkschaftsbund nicht eintreten solle.

Nun hat am 5. Juli d. J. in Leeds (England) eine internationale Gewerkschaftskonferenz getagt, zu der Delegierte für vier Länder erschienen waren. Unter anderen zwei Vertreter einer anarchistisch-individualistischen Organisation in Italien, die der italienischen Landeszentrale nicht angeschlossen ist. Die Konferenz anerkannte sie als Vertreter der Gewerkschaften Italiens, nachdem sie sich den Titel einer Landeszentrale beigelegt hatten. Die Beschlüsse der Konferenz, ein Korrespondenzbureau in Paris zu errichten, das einen Beirat aus Vertretern der angeschlossenen Länder erhält und dem Vertreter der französischen Gewerkschaften den Auftrag zu erteilen, eine neue Konferenz der Gewerkschaften der alliierten Länder vorzubereiten, sind eine Durchbrechung der internationalen Gewerkschaftsorganisation. Gegen diese hat der Vertreter der Niederländischen Gewerkschaftszentrale bereits auf der Konferenz der sozialistischen Parteien der neutralen Länder in Haag am 2. August protestiert. Er gab dort folgende Erklärung ab:

„... Wir bedauern es, daß die Gewerkschaftszentralen der anderen neutralen Länder es nicht haben ermöglichen können, zusammen mit den Delegierten der sozialistischen Parteien auch ihre Vertreter zu der Konferenz zu entsenden. Ich glaube jedoch, obgleich ich dazu kein Mandat besitze, auch in ihrem Namen sprechen zu können, wenn ich im Auftrag der niederländischen Gewerkschaftszentrale folgendes zum Ausdruck bringe:

In der Ansprache, mit der diese Konferenz am Montagmorgen durch den Genossen Troelstra eröffnet wurde, ist von ihm mit einigen Worten eine Arbeiterkonferenz erwähnt worden, die in Leeds stattgefunden hat und von der die Gründung eines neuen internationalen Gewerkschaftsbundes befürwortet ist, neben und wider den bestehenden. Mir ist zu meinem Bedauern über diese Arbeiterkonferenz, über ihren Umfang und ihre Bedeutung nicht mehr bekannt, als von Troelstra mitgeteilt worden ist. Ausdrücklich wünsche ich jedoch festzustellen, daß die Klassenbewegte Gewerkschaftsbewegung von einer Spaltung in keiner Weise etwas Gutes zu erwarten hat und daß es auch für sie von der größten Bedeutung ist, national und international, etwig und ungeteilt zu bleiben. Und nochmals, ich bin davon überzeugt, wo wir ihren Geist und ihre Auffassung kennen, auch im Namen der Gewerkschaften von den Ländern, deren sozialistische Parteien auf dieser Konferenz vertreten sind oder hätten vertreten sein sollen, die Erklärung abgeben zu dürfen, daß sie eine Internationale der Gewerkschaften ebenso wie eine sozialistische Internationale zurückweisen, welche die Kameraden eines Landes im voraus ausschließen sollte.

Daneben wünsche ich namens der Gewerkschaftsvertreter der niederländischen Delegation ausdrücklich zu erklären, und ich hoffe auch jetzt wieder im Namen der Gewerkschaften der anderen neutralen Länder sprechen zu können, daß jede Bestrebung der gewerkschaftlichen Bewegung, um abgesehen, neben und abseits von der sozialistischen Internationale die Agitation für den Frieden zu betreiben, die Kraft der Arbeiterbewegung und ihren Kampf für das ersehnte Ziel schwächen muß. Nur zusammen mit der politischen Partei der Arbeiterklasse, national und international verbunden, werden die Gewerkschaften imstande sein, diese Aufgabe zu erfüllen.

Wir niederländischen Delegierten schätzen uns glücklich, in der Lage zu sein, während dieser Tage mitarbeiten zu können an der Grundfrage, auf der die Arbeiterklasse aller Länder wird weiterbauen können, um das Zustandekommen des Friedens zu fördern und die Internationale selber zur Wiederaufstehung zu bringen.“

Mit diesem Protest kann die Angelegenheit ihre Erledigung nicht finden. Erfolgt jetzt eine Trennung in der gewerkschaftlichen Internationale, so wird die Einigung für Jahre über die Kriegsdauer hinaus erschwert, wenn nicht verhindert. Aus diesem Grunde ist eine internationale Gewerkschaftskonferenz an einem Ort und zu einer Zeit einzuberufen, die es allen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen ermöglicht, teilnehmen zu können. Diese werden nun zu entscheiden haben, wie die internationale Gewerkschaftsbewegung für die Zukunft gestaltet werden soll.

Verbandsliste.

- Ausgeschlossen nach § 13 des Statuts als Arbeitswille wurden:
- Hamburg: Elise Kofinger aus Celle, geb. 11. 11. 69, eingetr. am 13. 8. 16. S. II. 82367 Kl. 1. — Elise Meier aus Hamburg, geb. 15. 11. 98, eingetr. am 6. 3. 16. S. II. 76858 Kl. 1. — Paula Kebab aus Lüneburg, geb. 27. 6. 93, eingetr. am 13. 8. 16. S. II. 82366 Kl. 1. — Auguste Kuntze aus Elft, geb. 25. 9. 71, eingetr. am 19. 6. 16. S. II. 79774 Kl. 1. — Olga Kooos aus Kirch-Steinfeld, geb. 7. 7. 00, eingetr. am 2. 5. 16. S. II. 78325 Kl. 1. — Emma Jütte aus Hannover, geb. 9. 10. 96, eingetr. am 23. 8. 16. S. II. 82443 Kl. 1. — Luise Feuer aus Hamburg, geb. 2. 12. 57, eingetr. am 14. 6. 07. S. II. 67694 Kl. 2. — Alwine Davids aus Hamburg, geb. 23. 4. 00, eingetr. am 29. 5. 16. S. II. 79748 Kl. 1. — Joh. Carl aus Schierenhorst, geb. 30. 10. 56, eingetr. am 17. 1. 16. S. II. 75276 Kl. 1. — Hugo Steudorf aus Wandsbeck, geb. 25. 10. 77, eingetr. am 21. 8. 16. S. II. 82407 Kl. 3. — Friedr. Jplen aus Arns, geb. 9. 9. 55, eingetr. am 18. 2. 16. S. II. 76832 Kl. 3. — Heinrich Schnoor aus Rehma, geb. 30. 6. 62, eingetr. am 21. 8. 16. S. II. 82386 Kl. 3. — Herm. Ventler aus Wafel, geb. 2. 8. 85, eingetr. am 22. 11. 15. S. II. 74088 Kl. 3. — Emma Schnoor aus Altona, geb. 20. 8. 72, eingetr. am 22. 11. 15. S. II. 74081 Kl. 1. — Wilh. Kohlmeier aus Altona, geb. 20. 8. 72, eingetr. am 17. 1. 16. S. II. 75275 Kl. 1. — Auguste Flood aus Hamburg, geb. 5. 11. 96, eingetr. am 16. 8. 16. S. II. 82388 Kl. 1. — Elise Flood aus Hamburg, geb. 2. 8. 93, eingetr. am 20. 8. 16. S. II. 82389 Kl. 1. — Emma Flood

